

Karl-Heinz Reuband
Sicherheitspolitische Kenntnisse
in der Bevölkerung: Das Beispiel »Nachrüstung«

*Über Informationsdefizite, Mobilisierungsfolgen
und die Bedeutung des Wissens für die Einstellung
zur »Nachrüstung«*

Am 8. Dezember 1987 haben sich die USA und die Sowjetunion geeinigt, alle landgestützten Mittelstreckenraketen ab 500 Kilometer Reichweite weltweit zu vernichten. Dieses Abkommen bezieht sich auf die sowjetischen SS-20, die seit Dezember 1976 stationiert wurden, auf die Pershing II der USA, mit deren Stationierung in mehreren westeuropäischen NATO-Ländern im Herbst 1983 begonnen wurde, und auf die Cruise Missiles, Marschflugkörper neuen Stils, deren Stationierung zum Zeitpunkt des Abkommens bevorstand.

Mit diesem Beschluß fand eine Entwicklung ihren vorläufigen Schlußpunkt, die – wie kaum eine andere sicherheitspolitische Frage zuvor – in der Öffentlichkeit auf eine außerordentlich breite Resonanz gestoßen war, in den meisten Ländern Europas (außer Frankreich) mit heftigen Protesten einherging und zu den größten Demonstrationen der Nachkriegszeit geführt hatte. Im Herbst 1983 demonstrierten in der Bundesrepublik Deutschland an verschiedenen Orten zusammen etwa 1,3 Millionen Menschen gegen die »Nachrüstung«.

Von vielen Beobachtern – besonders in der Friedensbewegung – ist die Entwicklung des Massenprotests als eine neue Qualität der Einmischung der Bürger in die Politik verstanden worden: eine Einmischung in Fragen, die traditionell als Angelegenheit militärischer Experten angesehen wurden. Mehr und mehr Menschen würden sich Expertenwissen aneignen und sich in Sicherheitsfragen engagieren. Und diese Entwicklung sei nicht auf den engeren Kreis der aktiv Protestierenden beschränkt, sondern schließe die Gesamtbevölkerung mit ein. *Doch paradoxerweise liegen zugleich Hinweise aus empirischen Untersuchungen vor, denen zufolge das Wissen über die geplante »Nachrüstung« in der Bevölkerung an-*

geblich ausgesprochen schlecht war. Gefragt, was sie unter dem Wort »NATO-Nachrüstung« verstanden, vermochten in einer Umfrage des *Instituts für Demoskopie* vom März 1981 – immerhin rund eineinhalb Jahre nach Verabschiedung des Nachrüstungsbeschlusses und ein halbes Jahr vor der ersten großen Friedensdemonstration – lediglich 15% anzugeben, es ginge um neue moderne Waffen für die NATO. Daß diese Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden sollten, das sagten spontan noch weniger – nur 2% aller Befragten.¹ Eine Umfrage des *infas-Instituts* vom Mai/Juni des gleichen Jahres (mit etwas anderer Fragekonstruktion) deutet mit ihren Befunden in die gleiche Richtung unzureichender Informiertheit. Lediglich 9% definierten den NATO-Doppelbeschluß korrekt mit »Verhandlungen und gleichzeitig Nachrüstung«.²

Nicht nur der so ermittelte Wissensstand läßt Zweifel an der Konsistenz und Fundiertheit der geäußerten Einstellung laut werden. Je nach Art der Fragen scheint es möglich, in Umfragen Mehrheiten oder Minderheiten gegen die »Nachrüstung« zu produzieren. In der Erhebung vom März 1981, in der sich der Kenntnisstand als so desolat erwiesen hatte, wandte sich zum Beispiel eine Mehrheit gegen neue Raketen. Werden jedoch »angesichts des geringen Kenntnisstandes die Zielsetzungen des Doppelbeschlusses in der Fragestellung präziser vorgegeben«, heißt es in einem Bericht zu dieser Studie, erscheinen die Einstellungen »bei weitem ausgewogener als bislang öffentlich registriert«; aus Mehrheiten gegen Raketen wurden scheinbar Mehrheiten für Raketen.³

Ist die Nachrüstungsopposition in der Bevölkerung zu Beginn der achtziger Jahre damit lediglich eine Folge sicherheitspolitischer Ignoranz? Ist das Bild von der mehrheitlichen Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses, das sich in so vielen Umfragen aus dieser Zeit zeigt, nichts anderes als eine Fiktion? Im folgenden soll versucht werden, diese Fragen zu beantworten. Die Nachrüstungsdebatte ist dabei ein *Fallbeispiel* für die Art und Weise, wie neue (sicherheitspolitische) Themen in der Bevölkerung aufgenommen und begriffen werden und welchen Einfluß sicherheitspolitische Kenntnisse haben. Meine These ist, daß einerseits das Ausmaß an Informiertheit der Bevölkerung von den politisch besonders Engagierten gewöhnlich überschätzt wird, andererseits die Kenntnisse größer sind, als es isoliert zitierte Umfragebefunde nahelegen. In diesen wird überdies meist übersehen, daß Informiertheit

über Sachverhalte nichts Statisches ist. Wenn neue Sachthemen in der Öffentlichkeit eingebracht werden, muß erst eine gewisse Zeit verstreichen, ehe sich die Informiertheit darüber in der Bevölkerung ausbreitet. Manch schlechte Wissenszustände mögen nichts anderes als ein Frühstadium in der Entwicklung der öffentlichen Diskussion abbilden.

Im folgenden soll am Beispiel der »Nachrüstung« die bislang vernachlässigte Thematik der Verbreitung sicherheitspolitischer Kenntnisse eingehender diskutiert werden.⁴ Dies geschieht auf der Basis veröffentlichter und unveröffentlichter sowie eigener repräsentativer Umfragen in der Bevölkerung. Als *erstes* ist die Informiertheit der Bundesbürger in Fragen der »Nachrüstung« zu erfassen. Dabei müssen methodische Fragen der Wissensermittlung mitbedacht werden. Besonders die Fragmentierung des Wissens und die Unkenntnis technischer Terminologie machen es oft schwer, zwischen Unkenntnis in Sachfragen und Mißverständnissen zu unterscheiden, die lediglich durch die Frageformulierung in Umfragen bedingt sind. Als *zweites* sollen die Veränderungen im Grad der Informiertheit und der Wissenszuwachs über Zeit analysiert werden und als *drittes* die Folgen der Informiertheit für die Einstellung zur »Nachrüstung«: War die Nachrüstungsoption Folge besonders guter oder im Gegenteil besonders schlechter Informiertheit?

Probleme bei der Erfassung des Wissens – Zwischen Unter- und Überschätzung

Das politische Wissen der Bevölkerung wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung vernachlässigt. Normalerweise sind Einstellungen und Verhaltensweisen ihr Gegenstand, nicht Kenntnisse und die aus ihnen erwachsenden Konsequenzen. An dieser Tatsache hat sich auch nichts grundlegend geändert, als man sich der mangelnden Reflektiertheit von Einstellungen in der Bevölkerung bewußt wurde.⁵ Systematische Bestandsaufnahmen substantieller und methodischer Art gibt es – zumal im deutschsprachigen Raum – kaum, und im Bereich der Sicherheitspolitik so gut wie gar nicht.

Wissen ist durch Umfragen methodisch nicht ohne Probleme zu erheben. Die Fragen müssen in der Alltagssprache und relativ ein-

fach formuliert werden. Der einzelne darf weder durch Begriffe noch durch eine Vielzahl unterschiedlicher Stimuli verwirrt werden. Manch einer mag zum Beispiel mit dem Begriff der »Stationierung« wenig anzufangen wissen, weil im Alltag der Begriff »Aufstellung« (von Raketen) üblich ist.⁶ Andere mögen von der »Nachrüstung« oder dem »NATO-Doppelbeschluß« noch nichts gehört, wohl aber im Gespräch in ihrer Umwelt erfahren haben, daß neue Atomraketen aufgestellt werden sollen. Alltagssprache und Expertensprache (einschließlich der in den Medien verwendeten Begriffe) sind oft nicht identisch. Einfache Fragen sind bei neuen kontroversen Sachthemen (»issues«) besonders angebracht. Nimmt man den Befragten durch die Art der Frageformulierung die Angst, sich als ignorant zu bekennen, so kann man davon ausgehen, daß die meisten von ihnen Kenntnis und Nichtkenntnis eines Sachverhalts kundtun und sich nicht auf bloßes Raten verlegen.⁷

Wissensfragen können mit offenen Fragen (d. h. ohne Vorgabe von Antwortkategorien) oder mit geschlossenen Fragen (also mit vorgegebenen Antwortkategorien) operieren. Beide Vorgehensweisen haben Vor- und Nachteile: *Offene Fragen* (wie sie in den eingangs zitierten Untersuchungen eingesetzt wurden, die einen schlechten Kenntnisstand ergaben) erfassen weniger Wissen als tatsächlich vorhanden ist. Die erste Barriere liegt hierbei im Befragten: Wer nach dem Inhalt des NATO-Doppelbeschlusses fragt und keine Antwortmöglichkeiten vorgibt, wird bei vielen das Gefühl wecken, Expertenwissen wiedergeben zu müssen. Infolgedessen resignieren sie schnell und ergreifen die Flucht in die »Weiß-nicht«-Kategorie. Die zweite Barriere liegt im Interviewer: Er zeichnet oft nur einen Teil der gegebenen Antworten auf. Die Unterschiede bei den Interviewern hinsichtlich der Ausführlichkeit der Transkription sind außerordentlich groß; die Bereitschaft, nachzuhaken und zu prüfen, ob der Befragte nicht doch über mehr Information zum Thema verfügt, ist gering.⁸ Schließlich muß bedacht werden, daß komplexes Wissen nicht mit einer einzigen Frage zu erfassen ist, sondern allenfalls Einzelaspekte. Komplexität erschließt sich nur durch mehrere Fragen. *Geschlossene Fragen* mit mehreren falschen und einer richtigen Antwortkategorie (»multiple-choice«-Fragen) sind vielfach besser geeignet als offene Fragen, Kenntnisse zu erkunden, ohne dem Befragten das Gefühl der Überforderung zu vermitteln. Je geschickter die

falschen Antwortkategorien konstruiert sind, desto weniger kann durch mehr oder weniger intelligentes Raten die richtige Lösung gefunden werden.⁹

Wenn es stimmt, daß *offene Fragen* nur einen Teil des tatsächlich vorhandenen Wissens ausweisen, ist es um so wichtiger, das *Gesamtspektrum* der abgegebenen Äußerungen genauer zu analysieren. Hinter manchen vagen Ausdrücken könnte sich spezifisches Wissen verbergen. Wie sieht es aus dieser Sicht mit den eingangs zitierten Umfragen aus, die eine so schlechte Informiertheit der Bundesbürger über die »Nachrüstung« erbracht hatten und das Bild vom politischen Engagement der meisten Bürger so sehr erschütterten? In der Umfrage des *Instituts für Demoskopie* vom März 1981, die nach dem Verständnis des Begriffs »NATO-Nachrüstung« fragte, meinten immerhin 27%, es ginge um das Rüstungsgleichgewicht zwischen Ost und West. Allgemein von Aufrüstung, verstärkter Rüstung sprachen 16%, von erhöhten Rüstungsausgaben und dem westlichen Verteidigungsbündnis weitere 5%. Explizit falsche Angaben machten nur 2%, und 39% vermochten sich überhaupt nicht zu äußern – zusammen 41%, die »unbrauchbare« Angaben lieferten.¹⁰ In der Umfrage des *infas-Instituts* rund zwei Monate später, die nach der Kenntnis des NATO-Doppelbeschlusses fragte, kennzeichneten zwar nur 9% den Beschluß genau, aber 26% bezeichneten ihn als Entscheidung zur Auf- und Nachrüstung, 13% als Beschluß zur Herstellung eines militärischen Gleichgewichts und 2% als Mittel der Rüstungsbegrenzung. 48% konnten keine Angabe machen.¹¹

Das so ermittelte Meinungsspektrum deutet auf größere Informiertheit hin, als es zunächst den Anschein haben mag. In der Umfrage des *Instituts für Demoskopie* könnte man pauschale Angaben wie »Rüstungsausgleich zwischen Ost und West« oder »Aufrüstung« als Indiz für eine vage Kenntnis des Nachrüstungsbeschlusses deuten. Und in der *infas*-Umfrage könnte man die restriktive Nennung des Nachrüstungsaspekts (zu Lasten des Verhandlungsaspekts) als Akzentuierung der subjektiv zentralen Aspekte des Doppelbeschlusses interpretieren. Just und Mühlens sehen dagegen in der Nennung ausschließlich des Nachrüstungsaspekts ein eingeschränktes Verständnis widerspiegelt.¹² Befragte werden sich jedoch immer mehr an den konkreten Auswirkungen auf den eigenen Lebensbereich (Stationierung) orientieren als an – aus ihrer Sicht – eher peripheren Aspekten (Verhandeln).

Tabelle 1: Kenntnisse von Begriffen zur »Nachrüstung« 1981 (in Prozent)

	Geschlecht			Alter			Bildung		
	Gesamt	Männer	Frauen	-29	30-49	50+	Volks- schule	Mittel- schule	Abitur
<i>Begriff bekannt¹</i>									
Neutronenbombe	84	90	78	81	85	74	80	90	98
Nachrüstung	80	89	71	73	78	63	75	87	96
Nato-Doppelbeschluß	70	82	61	87	88	77	64	79	96
SS 20	43	60	28	42	40	27	33	57	77
Pershing	35	52	21	51	45	34	25	51	77
Cruise Missiles	28	44	15	37	35	19	18	42	73
<i>Kenntnis²</i>									
Neutronenbombe	62	70	55	51	51	43	57	71	76
Nachrüstung	48	58	40	39	37	26	42	60	64
Nato-Doppelbeschluß	33	42	26	66	69	52	27	43	59
SS 20	34	50	21	32	31	20	26	47	63
Pershing	27	42	14	41	38	26	18	42	61
Cruise Missiles	21	35	9	27	25	13	13	31	58

Frageformulierungen: (1) »Haben Sie schon einmal von folgenden Begriffen gehört?« (Listenvorgabe); (2) »Was verstehen Sie unter ... Ich habe hier einige Kärtchen, die Ihnen bei der Antwort helfen könnten.« Als Antwortvorgaben waren auf diesen Kärtchen vorgegeben (in der Reihenfolge der Nennungen): »*Neutronenbombe*: Rettungsgerät für Tiefseetaucher/Neue Nuklearwaffe mit besonders hoher Strahlung/Atomwaffen der blockierten Staaten. *Nachrüstung*: Vermehrung der Mittelstrecken-Waffen in der Sowjetunion, um mit dem amerikanischen Rüstungsstand gleichzuziehen/Vermehrung der Mittelstrecken-Waffen in Westeuropa, um mit dem sowjetischen Rüstungsstand gleichzuziehen/Nachträgliche Bewilligung zusätzlicher Geldmittel für die Bundeswehr. *Nato-Doppelbeschluss*: Plan der Nato, die O-Länder am Persischen Golf in gleicher Weise wie Westeuropa zum Nato-Verteidigungsgebiet zu erklären/Plan der Nato, Westeuropa sowohl mit konventionellen wie auch mit Atomwaffen gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen/Für 1983 geplante Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, sofern bis dahin nicht Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolgreich abgeschlossen sind. *SS 20*: Sowjetische Mittelstreckenraketen/Chinesischer Personenwagen/Illegale nationalsozialistische Nachfolgeorganisationen. *Pershing*: Amerikanische Mittelstreckenrakete/Neuer europäischer Wettersatellit/kleine Pistole. *Cruise Missiles*: Kirchlicher Sozialdienst in der 3. Welt/Schnelles Kriegsschiff/Automatisch gesteuerte amerikanische Flugbombe.«

Quelle: Umfrage des Sample-Instituts der Bundesbevölkerung ab 14 Jahre, 17. 9. 1981, N = 1933. Sample: Aktuelle Themen. Untersuchung im Rahmen einer Mehrebenenumfrage für Gruner + Jahr/*Der Stern*, Hamburg 1981; z. T. eigene Berechnungen des Verfassers. Die Prozentwerte beziehen sich jeweils auf die korrekten Angaben in der Gesamtbevölkerung (und deren soziodemographische Untergruppen).

Gemeinsam ist beiden Umfragen, daß ungefähr die Hälfte der Bevölkerung im Frühjahr 1981 konkrete Assoziationen mit den Begriffen »Nachrüstung« und »NATO-Doppelbeschluß« verbindet. Der Begriff »Nachrüstung« ist dabei bekannter als der des »NATO-Doppelbeschlusses« (48% versus 39%).

Wie stellt sich der Grad der Informiertheit dar, wenn man nicht mit offenen, sondern mit *geschlossenen Fragen* arbeitet? Informationen dazu liefert eine Umfrage, die im September 1981, d. h. noch vor der ersten Großdemonstration durchgeführt wurde. Dabei wurde ein stufenweises Vorgehen gewählt. In einem ersten Schritt wurde ermittelt, ob der oder die Befragte schon einmal von den Begriffen »gehört« habe; in einem zweiten Schritt wurde unter Vorgabe einer Liste abgefragt, was darunter verstanden wird. Zu beurteilen waren die Begriffe: »Nachrüstung«, »NATO-Doppelbeschluß«, »Neutronenbombe«, »Pershing«, »SS-20«, »Cruise Missiles«, »SALT«. Um Fehler zu reduzieren, die durch Unkenntnis des Interviewers (nicht des Befragten) entstehen könnten¹³, wurde sinnvollerweise hinter den englischsprachigen Begriffen jeweils in Klammern die deutsche Aussprache aufgeführt (zum Beispiel Pershing: Pörsching).

In Tabelle 1 sind die Informationen über die Kenntnis des Begriffs nach Hörensagen und Bedeutungsgehalt zusammengestellt. Von der Neutronenbombe, die zwei Jahre früher eine erste Protestwelle hervorrief, haben danach fast alle Befragten schon einmal gehört, fast genauso viele – rund 80% – auch vom Begriff »Nachrüstung«. Auf die Begriffe »Pershing« und »Cruise Missiles« hingegen sind im September 1981 weniger als ein Drittel schon jemals gestoßen. Der Grund könnte hier die sprachliche Differenz zwischen Elitemedien und Alltagssprache sein: Man weiß (vielleicht doch) um die geplante Stationierung neuer Raketen, benutzt jedoch nicht die üblichen Typenbezeichnungen. Bei der »Nachrüstung« und – vor allem – dem »NATO-Doppelbeschluß« häufen sich die Fehlurteile. Mit dem Begriff »NATO-Doppelbeschluß« können weniger Menschen etwas anfangen als mit »Nachrüstung«. Umgerechnet auf *alle* Befragten erweisen sich beim Begriff »Nachrüstung« 48% als kundig, beim »NATO-Doppelbeschluß« 33%, bei den »Cruise Missiles« 21%. Unter den Raketen ist am ehesten noch die »SS-20« bekannt – wahrscheinlich weil sie in den Medien am häufigsten erwähnt, immer wieder als die neue Bedrohung durch die Sowjetunion beschworen und als Ursache der

»Nachrüstung« deklariert wurde. Würde man die Einstellung zur »Nachrüstung« bloß durch Rekurs auf die einzelnen Raketentypen erfragen (wie zum Beispiel in Umfragen des *Instituts für Demoskopie* für den *Stern*)¹⁴, so würde man die Befragten verwirren.

Im Vergleich zu den früher zitierten und mit offenen Fragen ermittelten Zahlen zum Verständnis der Begriffe »Nachrüstung« und »NATO-Doppelbeschluß« fällt der Wissensstand der Bevölkerung vom September 1981 besser aus. Die genauere Kenntnis des Beschlusses ist zwar noch immer relativ gering, sie ist jedoch bei weitem höher als es die ursprünglich zitierten Zahlen nahelegten. Gaben in den Umfragen des *Instituts für Demoskopie* beim Begriff »Nachrüstung« 15% an, es handle sich um neue moderne Waffen für die NATO (darunter nahmen nur 2% zugleich eine Raketenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland an), so identifizierten nun 48% diesen Begriff korrekt. Bejahten in der *infas*-Umfrage nur 9%, beim NATO-Doppelbeschluß gingen die beiden Aspekte »Nachrüstung« und »Verhandeln« mit ein, so sind es nun 33%. Angesichts der Tatsache, daß die Umfragen in etwa der gleichen Zeit erhoben wurden – zwischen ihnen liegt nicht mehr als ein halbes Jahr –, scheint es plausibel, den Grund *primär* in der andersgearteten Fragekonstruktion zu suchen: Geschlossene Fragen sind anscheinend eher geeignet, auch das *vage* Wissen über einen Sachverhalt zu ermitteln. Bei den folgenden, im Rahmen unserer Analyse herangezogenen Umfragen handelt es sich fast ausschließlich um solche mit geschlossenen Fragen.

Veränderungen des Informationsniveaus infolge der öffentlichen Thematisierung

Als das *Institut für Demoskopie* und das *infas-Institut* im Frühjahr 1981 erstmals den Wissensstand zu erfassen suchten (und ein hohes Informationsdefizit feststellten), war die öffentliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß gerade erst entfacht. Im Verlauf des Jahres 1981 änderte sich diese Situation rasch. Auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag im Juni 1981 wurde die Friedensfrage zu einem beherrschenden Thema, im Oktober kam es – nach heftigen öffentlichen Kontroversen – zur ersten bundesweiten Großdemonstration mit rund 300 000 Menschen in Bonn.

Nicht nur, daß von nun an häufiger in den Medien berichtet wurde; auch in der Umwelt des einzelnen wurden Verteidigungsfragen verstärkt zum Thema. So gaben im Herbst 1979 nur 34% der Bundesbürger an, in der Familie, mit Freunden, Bekannten oder Kollegen über Bundeswehr, Verteidigung und damit zusammenhängende Fragen zu sprechen.¹⁵ Im Herbst 1981 dagegen, kurz nach der ersten Großdemonstration der Friedensbewegung, bekannten in einer Befragung Dortmunder Bürger bereits 68%, sie hätten sich in letzter Zeit mit Familienangehörigen, Freunden, Bekannten oder Kollegen ausführlicher über Rüstungsfragen unterhalten.¹⁶ Steigt das Ausmaß an Kommunikation über ein Thema an, so muß sich auch die Zahl derer vermehren, die von dem Thema gehört oder gelesen haben. Und folglich müßte sich langfristig auch die Informiertheit erhöhen. Der Veränderungsprozeß in der Informiertheit verläuft dabei im allgemeinen schrittweise. Zunächst wird man der Sache vage gewahr, dann werden die vagen Informationen allmählich durch präzisere ersetzt.¹⁷

Gemessen an der Frage, ob man vom NATO-Doppelbeschluß gehört oder gelesen hat, scheint sich die Information über die Existenz dieses Beschlusses in der Tat innerhalb kurzer Zeit in der bundesdeutschen Bevölkerung verbreitet zu haben. Im Mai/Juni 1981 zeigten sich 63% der Bundesbürger mit dem Begriff vertraut, im September des gleichen Jahres 70%, Anfang Oktober 73%; Mitte 1983 waren es schließlich 85% (Tabelle 2). Ähnlich stark ist der Wandel in der Kenntnis der Friedensbewegung: Im Herbst 1981 hatten 73% schon einmal von ihr gehört oder gelesen, im Sommer 1983 waren es 89%. Weitere vier Jahre später liegt der Wert bei 95%. Der größte Kenntniszuwachs fällt in die Zeit zwischen 1981 und 1983 – die Zeit, in der die Friedensbewegung gegen den Nachrüstungsbeschluß mobilisierte und ihn zu einem öffentlichen Thema machte (Tabelle 3).

Daß sich nicht allein die Bekanntheit des NATO-Doppelbeschlusses, sondern auch das Wissen darüber im Laufe des Jahres 1981 ausgebreitet hat, belegen andere Erhebungen aus der gleichen Zeit. Gewachsen ist danach, wie man Tabelle 4 entnehmen kann, zwischen Herbst 1981 und Sommer 1983 vor allem die Information, wonach Mittelstreckenraketen Atomwaffen sind (um 14 Prozentpunkte). Weniger stark war die Zunahme bei der Frage, ob es sich beim Doppelbeschluß nur um Mittelstreckenraketen oder auch noch um andere Waffensysteme handele (sieben Prozent-

Tabelle 2: Vom Nato-Doppelbeschluß gehört oder gelesen (in Prozent)

	1981 Mai/ Juni ¹	1981 Sept. ²	1981 Sept./Okt. ³	1983 Juli/ Aug. ⁴	Differenz 1983–Sept. 1981
Gesamt	63	70	73	85	+ 15
<i>Geschlecht</i>					
Männer	–	82	86	90	+ 8
Frauen	–	61	62	80	+ 19
<i>Alter</i>					
14–29	–	73	79	85	+ 12
30–49	–	77	76	86	+ 9
50–64	–	63	73	84	+ 20
über 65	–		61	82	
<i>Bildung</i>					
Volksschule	–	64	65	81	+ 17
Mittelschule	–	79	84	91	+ 12
Abitur	–	96	96	95	– 1

Frageformulierungen: (1) Vom Nato-Doppelbeschluß »gehört oder gelesen«. Genaue Formulierung nicht mitgeteilt; (2) »Haben Sie schon einmal von folgenden Begriffen gehört? ... Nato-Doppelbeschluß«; (3) und (4) »Haben Sie schon einmal von dem Nato-Doppelbeschluß gehört oder gelesen?«

Quelle: (1) *infas*-Umfrage unter Bundesbürgern Mai/Juni 1981. D. Just, P. C. Müh-
lens, *Zur Wechselbeziehung zwischen Politik und Demoskopie*, in: *Aus Politik und
Zeitgeschichte*, B 32/1981, S. 66; (2) *Sample*-Umfrage unter Bundesbürgern ab 14
Jahre, 17.–28. September 1981, N = 1933 Befragte. Sample: *Aktuelle Themen. Unter-
suchungen im Rahmen einer Mehrebenenumfrage für Gruner + Jahr, Tabellenband*,
Hamburg 1981; (3) *Emnid*-Umfrage unter Bundesbürgern ab 18 Jahre, 28. Septem-
ber–13. Oktober 1981, *Emnid, Aufrüstung und Pazifismus, Tabellenband 2* (Untersu-
chung für den *Spiegel*), Bielefeld 1981, Tab. 42 f.; (4) *Emnid*-Umfrage unter Bundes-
bürgern ab 18 Jahre, 5.–18. August 1983. *Emnid, Aktueller Politischer Dienst*, Juli
1983, S. 73, 78 ff.; z. T. eigene Berechnungen.

punkte). In der Frage der Stationierungsländer ist sogar ein Absin-
ken der Informiertheit zu beobachten (um vier Prozentpunkte);
die Zahl falscher Antworten ist bei dieser Frage gleich geblieben,
die Zahl von »Weiß-nicht«-Angaben hat sich in zwei der drei Fälle
sogar leicht erhöht (Tabelle 4).

Tabelle 3: Von der Friedensbewegung gehört oder gelesen (in Prozent)

	1981 Sept./Okt.	1983 Juli/Aug.	1987 März/Mai	Differenz 1983-81	Differenz 1987-83
Gesamt	75	89	95	+ 14	+ 6
<i>Geschlecht</i>					
Männer	81	92	97	+ 11	+ 5
Frauen	70	87	94	+ 17	+ 7
<i>Alter</i>					
bis 29	78	98	98	+ 20	0
30-49	76	92	97	+ 16	+ 5
50-64	76	84	94	+ 8	+ 10
über 65	69	89	88	+ 20	- 1
<i>Bildung</i>					
Volksschule	69	84	92	+ 15	+ 8
Mittelschule	83	99	98	+ 16	- 1
Abitur	95	97	100	+ 2	+ 3

Frageformulierung: 1981 und 1983: »Seit einiger Zeit gibt es in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung. Haben Sie von dieser Friedensbewegung gehört oder gelesen?« 1987: »Ich habe hier eine Aufstellung verschiedener Gruppen. Von welcher ierer Gruppen haben Sie schon einmal etwas gehört oder gelesen, was von dieser Aufstellung lesen Sie jetzt zum ersten Mal? ... Friedensbewegung.«

Umfragebeschreibung/Quelle: 1981 und 1983: Emnid-Institut. Repräsentative Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland, im September/Okttober 1981 ab 18 Jahre 2148 Befragte, im Juli/August 1983 ab 14 Jahre ca. 1000 Befragte. *Quelle:* Emnid, *Aufrüstung und Pazifismus*. Tabellenband 4 (Untersuchung für *Der Spiegel*), Bielefeld 1981, Tab. 56. Emnid, *Aktueller Politischer Dienst*, Juli 1983; z. T. eigene Berechnungen. 1987: Getas-Institut. Repräsentative Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahre mit 1952 Befragten (1. Panelwelle), März-Mai 1987. *Quelle:* Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987. Auswertung für den Verfasser.

Offensichtlich findet am ehesten dort eine Ausweitung des Wissens statt, wo es sich um häufig thematisierte einfache und zugleich *grundlegende* Informationen handelt: Für die Alltagsdiskussion und das Alltagsverständnis des Doppelbeschlusses ist es wichtiger zu wissen, daß es um Atomraketen geht, als die Art der

Tabelle 4: Informiertheit über Nato-Doppelbeschluß (in Prozent)

	1981 Sept./Okt.	1983 Juli/Aug.	Differenz 1983-81
Bei dem Doppelbeschluß geht es nur darum, ob Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden sollen.	37	44	+ 7
Bei dem Doppelbeschluß geht es zwar vornehmlich um die Mittelstreckenraketen, die in Europa stationiert werden sollen, aber auch um andere Waffen	36	25	- 11
Weiß nicht, keine Angabe	27	31	+ 4
Die Mittelstreckenraketen sind Atomwaffen	51	65	+ 14
Die Mittelstreckenraketen sind keine Atomwaffen	22	10	- 12
Weiß nicht, keine Angabe	26	25	- 1
Die Raketen sollen nur in der Bundesrepublik stationiert werden	15	15	0
Die Raketen sollen auch in anderen Nato-Ländern stationiert werden	59	55	- 4
Weiß nicht, keine Angabe	25	30	+ 5
Mit den Raketen sollen ausschließlich amerikanische Truppen ausgerüstet werden	33	39	+ 6
Mit den Raketen sollen auch deutsche Truppen ausgerüstet werden	34	21	- 13
Weiß nicht, keine Angabe	31	40	+ 9

Frageformulierung: »Ich lese Ihnen gleich einige Gegensatzpaare vor, bei denen es um den Nato-Doppelbeschluß geht. Sagen Sie mir bitte, welche Aussage Sie jeweils für richtig halten. Wenn Sie es wirklich nicht wissen, antworten Sie ruhig »Weiß ich nicht.«

Quelle: Emnid-Institut, Repräsentative Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland. Im September/Oktober 1981 ab 18 Jahren rund 2000 Befragte; im Juli/August 1983 ab 14 Jahren rund 1000 Befragte: *Der Spiegel* Nr. 48/1981, S. 57; Emnid, *Aufklärung und Pazifismus* (Untersuchung für den *Spiegel*), Tabellenband 4, Bielefeld 1981; Emnid, Unveröffentl. Tabellen (1983). Die Zahlen addieren sich jeweils auf 100%.

jeweiligen Waffensysteme zu kennen. Die Gesamtheit der Länder, in denen stationiert werden soll, ist weniger interessant als die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland davon betroffen ist. Öffentliche Thematisierung und subjektive Relevanz wirken mithin zusammen. Daß dennoch die Zahl der Befragten ohne Meinung 1983 sich nicht reduziert, sondern in einigen Fällen sogar erhöht hat, mag verwundern: Normalerweise sinkt die Quote der Meinungslosen in dem Maße, wie sich ein Thema als Gegenstand der öffentlichen Diskussion etabliert. Was sich hier statt dessen andeutet, ist so etwas wie eine steigende Verunsicherung. Man ist sich der Wissenslücken eher bewußt, neigt weniger zu bloßem Raten.

Folgt man der Literatur zur Ausbreitung von Wissen, so verläuft dieser Prozeß nicht bei allen Menschen gleich: Der größte Zuwachs finde im allgemeinen unter den höher Gebildeten statt, die ohnehin über die besseren Informationen verfügen. Die Kluft zwischen den Bildungsgruppen werde dadurch im Laufe der Zeit größer («knowledge gap»-Hypothese). Eingeebnet werde dieser Wissensvorsprung erst, wenn die Berichterstattung über das Thema unterbrochen wird und kein kontinuierlicher Informationsfluß mehr stattfindet. Als Grund für die disproportionale Zunahme bei den besser Gebildeten gilt die stärkere Nutzung von Massenmedien (insbesondere Tageszeitungen) und die stärkere Einbindung in soziale Netzwerke sowie generell größeres Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragen; weiterhin die größere Fähigkeit, neue Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Sie beruht auf einem größeren Basiswissen und besserer formaler kognitiver Kompetenz.¹⁸

Manches spricht indessen dafür, daß das Auseinanderdriften der Bildungsgruppen im Informationsniveau eine *vorübergehende* Phase im Prozeß der Wissensverbreitung ist: Wenn der Öffentlichkeit über einen längeren Zeitpunkt hinweg Informationen vermittelt werden, nehmen auch weniger Gebildete sie auf.¹⁹ US-amerikanischen Untersuchungen zufolge ist außerdem nicht so sehr die Bildung, sondern das Interesse und die daraus erwachsende Motivation für die Informationsaufnahme entscheidend.²⁰ Der Einfluß der Bildung ist mithin nicht als eine konstante, sondern als eine variable Größe anzusehen. Steigt das Interesse an einem Problemkomplex in den unteren Bildungsgruppen, müßte sich also das Informationsniveau zwischen den Bildungsgruppen

annähern. Eine derartige Situation ist womöglich im Falle der »Nachrüstung« gegeben: In der *Informiertheit* (gemäß Selbsteinstufung) über Fragen der »Verteidigung/Abrüstung« im Herbst 1983 beläuft sich der Unterschied im Anteil der »gut« Informierten (gemäß Selbsteinstufung) zwischen den einfachen Arbeitern und leitenden Angestellten/Beamten auf 20 Prozentpunkte zugunsten der Statushöheren und besser Gebildeten. Fragt man das *Interesse* nach mehr Information ab, so bleibt zwar die Richtung der Unterschiede gleich (leitende Angestellte und Beamte sind stärker interessiert als einfache Arbeiter); aber die Stärke der Unterschiede ist geringer geworden und beträgt nur noch elf Prozentpunkte.²¹ Darin könnte sich ein neu erwachtes Interesse andeuten, das über die bisher bestehenden schicht- und bildungsspezifischen Interessen und das allgemeine politische Informationsniveau hinausgeht. Das wäre eine günstige Voraussetzung, um die bestehenden Wissensunterschiede zu verringern und Offenheit für neue Informationen zu bewirken.

Der Informationszuwachs fällt in der Tat anders aus als es die These von der wachsenden Wissenskluft zwischen den sozialen Gruppen erwarten läßt. Zwischen 1981 und 1983 ist der Doppelbeschluß vor allem in den Bildungsgruppen stärker zu einem Begriff geworden, in denen er im Herbst 1981 *unterdurchschnittlich* bekannt war. Zugleich zeigt sich, daß der Zuwachs auch in den Gruppen stärker ist, die zuvor besonders selten davon gehört oder gelesen hatten: bei den Frauen und den Älteren (s. Tabelle 2). Geht man davon aus, daß Bekanntheit eine Voraussetzung für Informiertheit bildet, so kann man auch auf der Ebene des Wissens langfristig Angleichungen zwischen den unterschiedlichen Bildungskategorien, den Geschlechtern und den Altersklassen vermuten.²²

In welcher Phase befand sich der Prozeß der Informationsausbreitung im Herbst 1981 kurz vor der ersten bundesweiten Großdemonstration, als das Wissen der Bevölkerung zur »Nachrüstung« erstmals eingehender erfaßt wurde? In Ermangelung von Längsschnittdaten kann man ersatzweise versuchen, dieser Frage über Querschnittsuntersuchungen nachzugehen: Wenn sich mit zunehmender Dauer der Thematisierung die Wissenslücken schließen, müßten die Unterschiede zwischen den sozialen Kategorien geringer werden. Je länger ein Begriff eingeführt ist, je häufiger er thematisiert wird und je mehr Leute darüber informiert sind, desto

schwächer müßten die Unterschiede in der Querschnittsuntersuchung sein. Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, scheint in der Tat im Herbst 1981 der Prozeß der Wissensausbreitung derart weit fortgeschritten, daß sich bei den elementaren Informationen die Wissenslücken zwischen den sozialen Kategorien reduziert haben. Der Begriff »Neutronenbombe« – bereits vor Verabschiedung des Doppelbeschlusses in die öffentliche Diskussion eingeführt – weist den größten Bekanntheitsgrad und die geringsten Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen auf. Der Begriff »Cruise Missiles«, am seltensten genau bestimmt, erbringt mit einer Differenz von 45 Prozentpunkten die größten Unterschiede. Analoge Bedingungen scheinen für das Geschlecht der Befragten zu gelten: Wenn auch weniger stark ausgeprägt als im Falle der Bildung, nimmt mit sinkender Verbreitung des Begriffs in der Bevölkerung das Ausmaß der Geschlechtsunterschiede ab.

Die Wissensklüfte zwischen Personen mit unterschiedlicher Bildung und politischer Kompetenz scheint sich also bereits im Herbst 1981 je nach Art der Information etwas reduziert zu haben. Wenn es nach Aufnahme der neuen Informationen eine (vorübergehende) Auseinanderdifferenzierung der verschiedenen Kategorien von Personen gab, dann vor dem Herbst 1981.

Das Informationsniveau kurz vor Stationierungsbeginn

Im Herbst 1983, vor Stationierungsbeginn, erreicht die Anti-»Nachrüstungs«-Kampagne der Friedensbewegung ihren Höhepunkt. Die Medien berichten verstärkt über die Kontroverse, und sei es nur indirekt, indem sie die Friedensbewegung als Problem der Politik darstellen. Das Bild, das Umfragen aus dieser Zeit über den Wissensstand der Bevölkerung vermittelt, ist das einer hohen Sichtbarkeit der geplanten Stationierung bei gleichzeitig begrenzter Informiertheit über Details (vgl. Tabelle 5).

Das Wissen, daß es zur Stationierung neuer Raketen kommen soll, ist zu diesem Zeitpunkt am weitesten verbreitet: Als nach dem Stationierungsbeginn gefragt wurde, antworteten im August/September 1983 spontan nicht mehr als 2%, sie hätten von der ganzen Sache noch nichts gehört. Und dies, obwohl in der Frage explizit die Möglichkeit fehlenden Wissens angesprochen ist (»wie Sie vielleicht wissen ...«); die Formulierung erhöht erfahrungsge-

mäß die Bereitschaft, Unkenntnis kundzutun.²³ Daß in der Bundesrepublik stationiert werden sollte, wußten – nach einer freilich etwas suggestiven Formulierung – 85%. Ähnlich viele gaben an, etwas vom NATO-Doppelbeschluß oder der Friedensbewegung gehört oder gelesen zu haben. Eine gewisse Vertrautheit mit der geplanten Stationierung ist damit gegeben. An Detailwissen mangelt es nach wie vor – etwa daß die Mittelstreckenraketen Atomwaffen sind, in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern stationiert werden sollen oder daß es beim Doppelbeschluß nur um Mittelstreckenraketen geht.

Bemerkenswert gering ist das Wissen um den Stationierungstermin. Nur ein Teil der Bevölkerung weiß, daß die Raketen bereits in Kürze in der Bundesrepublik aufgestellt werden. Gefragt, wann – in welchem Jahr – mit der Aufstellung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen begonnen werden soll, vermochten 27% keine Angaben zu machen, 7% nannten das Jahr 1985 und später, 21% das Jahr 1984 und nur 41% das Jahr 1983 (siehe dazu auch Tabelle 5). Zum Zeitpunkt der Befragung war der Dezember 1983 als Beginn der offiziellen Stationierung der Pershing II-Raketen bestimmt, die Aufstellung der Cruise Missiles für später anvisiert.²⁴ Möglich wäre es, daß ein Teil der Befragten diesen späteren Stationierungsbeginn der Cruise Missiles in die Antworten einbezieht und das Jahr 1984 als den eigentlichen Stationierungsbeginn begreift. Wohl noch wichtiger könnte sein, daß der Dezember 1983 den unmittelbaren Übergang zu 1984 markiert und deshalb der Stationierungsbeginn für die Pershing II auch als Beginn der *Vorarbeiten*, nicht der Raketen aufstellung selbst, gedeutet werden konnte. So gesehen mögen diejenigen, die 1984 als Stationierungstermin nannten, nicht notwendigerweise völlig fehlinformiert gewesen sein. Man kann ihre Angabe als Ausdruck *vager* Informiertheit werten.

Zusammengenommen ergeben die Befunde ein Bild abgestufter Informiertheit: Die Zahl derer, die überhaupt noch nichts von der geplanten Aufstellung neuer Atomraketen auf deutschem Boden gehört haben, ist verschwindend gering. Fragen nach der Einstellung zur »Nachrüstung«, wenn angemessen formuliert, scheinen mithin – zumindest im Herbst 1983²⁵ – keine künstliche Befragungssituation zu schaffen, in der der Befragte nur auf die Stimuli der Frage, nicht auf den erfragten Sachverhalt reagiert. Nur dort, wo in komplexer Weise gefragt und zuviel Detailwissen im einzelnen gefordert ist, stoßen Befragungen auf Grenzen.

Tabelle 5: Kenntnisse zum Nato-Doppelbeschuß 1983 (in Prozent)

	Gesamt	Geschlecht		Alter					Bildung		
		Männer	Frauen	-19	-29	-49	-64	65 +	Volks- schule	Mittel- schule	Abitur
(1) Existenz des Nato-Doppelbeschlusses	85	90	80	97	77	86	84	82	81	91	95
(2) Existenz der Friedensbewegung	89	92	87	87	91	92	84	89	84	99	97
(3) Stationierungsland Bundesrepublik	85	91	79	*	*	*	*	*	81	91	94
(4) Stationierungsbeginn 1983	41	52	32	29	44	43	47	35	39	46	49
(5) Andere Stationierungsländer (global)	55	65	46	60	51	64	49	43	48	65	74
(6) Art der Waffen, um die es beim Doppelbeschuß geht	65	74	57	67	71	69	64	51	57	79	83
(7) Atomare Bestückung von Mittelstreckenraketen	44	51	38	42	51	48	42	32	41	50	48
(8) Ausrüstung ausschl. amerikanischer Truppen mit Mittelstreckenraketen	39	48	31	33	42	45	35	33	33	49	49

* = keine Angaben aus veröffentlichten Tabellen verfügbar

Frageformulierungen:

- 1) »Haben Sie schon mal von dem Nato-Doppelbeschluß gehört oder gelesen?«
- 2) »Seit einiger Zeit gibt es in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung. Haben Sie von dieser Bewegung gehört oder gelesen?«
- 3) »Wie Sie vielleicht wissen, verhandeln die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zur Zeit in Genf über Mittelstreckenraketen. Ist Ihnen bekannt, daß bei einem eventuellen Scheitern dieser Verhandlungen neue amerikanische Mittelstreckenraketen in unserem Lande aufgestellt werden sollen?«
- 4) »Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerem in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen statt. Wenn diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, sollen neue atomare Mittelstreckenraketen in West-Europa aufgestellt werden. Wissen Sie, wann – in welchem Jahr – diese Aufstellung beginnen soll?« (Offene Frage)
- 5) »Ich lese Ihnen gleich einige Gegensatzpaare vor, bei denen es um den Nato-Doppelbeschluß geht. Sagen Sie mir bitte, welche Aussage Sie jeweils für richtig halten. Wenn Sie es wirklich nicht wissen, antworten Sie ruhig: »Weiß ich nicht:«
 - Die Raketen sollen nur in der Bundesrepublik stationiert werden. – Die Raketen sollen auch in anderen Nato-Ländern stationiert werden (Frage 5).
 - Bei dem Doppelbeschluß geht es nur darum, ob Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden sollen. – Bei dem Doppelbeschluß geht es zwar vornehmlich um die Mittelstreckenraketen, die in Europa stationiert werden sollen, aber auch um andere Waffen (Frage 6).
 - Die Mittelstreckenraketen sind Atomwaffen. – Die Mittelstreckenraketen sind keine Atomwaffen (Frage 7).
 - Mit den Raketen sollen ausschließlich amerikanische Truppen ausgerüstet werden. – Mit den Raketen sollen auch deutsche Truppen ausgerüstet werden (Frage 8).

Umfragebeschreibung/Quelle:

- Frage 1 und 2: Emnid-Institut, N = ca. 1000 Befragte ab 14 Jahren, August 1983. *Quelle:* Emnid, Allgemeiner Politischer Dienst, Juli 1983.
- Frage 3: Sample Institut, N = ca. 2000 Befragte ab 14 Jahren, August 1983. *Quelle:* Planung und Analyse, 11, 1984, Heft 1, S. 186.
- Frage 4: Emnid-Institut, N = ca. 2000 Befragte ab 14 Jahren, August/September 1983. *Quelle:* Erhebung des Verfassers, unveröffentlicht.
- Frage 5–8 (hier nicht in Reihenfolge der Interviewvorgabe aufgeführt): Emnid-Institut, N = ca. 1000 Befragte ab 14 Jahren, Juli/August 1983.

Quelle: Emnid-Umfrage für Bundesministerium der Verteidigung, unveröffentlicht.

Kann man im großen und ganzen auch von einer allgemeinen Informiertheit in Grundfragen in der Bevölkerung ausgehen, so ist doch die Informiertheit nicht überall gleich. Wie man den Tabellen 1 (für 1981) und 4 (für 1983) entnehmen kann, ist das Wissen nach Geschlecht und Schulbildung verschieden. Frauen sind im allgemeinen schlechter informiert als Männer, Befragte mit Volksschulbildung schlechter als solche mit Mittelschulbildung oder Abitur. Weiterhin wird deutlich, daß Jüngere im allgemeinen besser informiert sind als Ältere. Diese ungleiche Verteilung bedeutet, daß sich die Antworten auf Fragen zur »Nachrüstung« bei Personen mit unterschiedlicher Bildung jeweils auf ein unterschiedlich hohes Informationsniveau und vermutlich auch unterschiedlich starke Reflexion gründen.²⁶ Dabei erscheint als besonders bemerkenswert, wie wenig selbst Befragte mit hohem Bildungsniveau noch im Herbst 1983 über Nachrüstungsfragen informiert sind. Über die Tatsache, daß allein amerikanische Truppen mit Mittelstreckenraketen ausgerüstet werden sollten, wissen zum Beispiel im Herbst 1983 nur die Hälfte der Befragten mit Abitur Bescheid (Tabelle 5).

Über das Verhältnis von Wissen und Einstellung zur »Nachrüstung«: Widersprüchliche Befunde und offene Fragen

Die Kenntnis des Nachrüstungsbeschlusses scheint zwar weit verbreitet, genaueres Wissen aber zeichnet offensichtlich nur einen Teil der Bevölkerung aus. Welche Konsequenzen erwachsen daraus? Begünstigt steigendes Wissen die Nachrüstungsbefürworter? Ist die weite Verbreitung der Gegnerschaft zur »Nachrüstung« lediglich ein Reflex des desolaten Wissensstandes in der Bevölkerung? Theoretisch und empirisch ist die Situation weniger eindeutig als vielfach vermutet. Und dies nicht nur im Falle der »Nachrüstung«, sondern ganz allgemein im Bereich sicherheitspolitischer Einstellungen. In der Literatur fehlt es zwar nicht an Thesen, welche die eine oder andere Beziehung zwischen Wissen und außen- oder sicherheitspolitischen Einstellungen als mehr oder minder »natürlich« begreifen: etwa dort, wo mit steigendem Wissen »aufgeklärte« Positionen verbunden und entspannungspolitische und kooperative Orientierungen als deren unmittelbare Folge gesehen

werden; oder dort, wo mit steigendem Wissen eine Übernahme der Regierungsposition unterstellt wird.²⁷ Was dabei jedoch übersehen wird, ist die Variabilität und *Kontextgebundenheit* des Wissens: Die Verbindung des Wissens zu Einstellungen resultiert nicht abstrakt aus einem inneren Wesen, sondern aus den spezifischen Rahmenbedingungen der Handlungssituation, der Art der verfügbaren Informationen und deren spezifischer Wertung. Kooperative Beziehungen zwischen Nationen mögen unter bestimmten Umständen rational sein, konfrontative unter anderen. Steigendes Wissen mag die offizielle Regierungspolitik sichtbarer machen, aber – wo existent – auch alternative Deutungen.

Eine zunehmende Informiertheit auch über Einzelheiten der »Nachrüstung« mag einerseits die offizielle Position stärken, weiß man doch nun zum Beispiel, daß es nicht darum geht, die Bundeswehr mit diesen Raketen zu bestücken (was viele vermutlich stark ablehnen), sondern lediglich die amerikanischen Truppen. Andererseits steigt nun womöglich auch das Wissen um die Verfügungsgewalt über die Raketen in den Händen des amerikanischen Präsidenten. Dies könnte – zusammen mit dem geringen Vertrauen in die politische Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung und ihres Präsidenten – die Akzeptanz der »Nachrüstung« eher reduziert haben.²⁸ So wie steigende Informiertheit sowohl den Nachrüstungsbefürwortern als auch den -gegnern Auftrieb geben könnte, so könnte fehlende Informiertheit ebenfalls *beide* Positionen begünstigen. Gerade Personen mit geringem Wissensstand sind in besonderem Maße geneigt, sich den offiziellen Positionen der Regierung anzuschließen.²⁹ Das wäre im vorliegenden Falle eine Option *für* die »Nachrüstung«. Man kann aber bei fehlender Informiertheit bei manchen Personen auch eine bloß emotionale Reaktion auf die Raketenstationierung und deren Nennung im Interview vermuten: Weil Raketen – zumal Atomraketen – als etwas Bedrohliches angesehen werden, wirkt sich dies zugunsten der Nachrüstungsgegnerschaft aus.

Dies ambivalente Ergebnis relativiert sich, wenn man die den Massenmedien innewohnenden Tendenzen hinzunimmt. Über sicherheitsrelevante Fragen erfährt man in der Regel über die Massenmedien, die aufgrund der Berichterstattungsstruktur und der Art der benutzten Quellen dazu neigen, *offiziellen* Verlautbarungen von Regierungsseite einen überproportionalen Platz einzuräumen und andere Quellen unterzubewerten. Massenmedien

haben in der Regel eine – nicht notwendig intendierte, aber faktische – »gouvernementale« Orientierung.³⁰ Diese wird bei der Berichterstattung zur Sicherheitspolitik noch erheblich verstärkt: Die Zahl der Journalisten bei Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, die sich hauptsächlich der Sicherheitspolitik widmen, ist verschwindend klein. Die Mehrzahl der Berichte wird von Journalisten verfaßt, die dies »nebenher« tun, keine Experten sind und offizielle Verlautbarungen eher ungeprüft übernehmen. Von kritischer Berichterstattung und Kommentierung, die eine eigenständige Kontrollfunktion ausübt, kann wohl nur in wenigen Fällen die Rede sein.³¹

Angesichts dieser Tendenzen ist in der Berichterstattung ein Überwiegen von Argumenten zugunsten der Raketenstationierung zu erwarten. Dies um so mehr, als sich bis Herbst 1983 *alle* etablierten Parteien für die »Nachrüstung« aussprachen, alternative Deutungen also kaum aus Parteien mit relativ gutem Zugang zu den Medien kommen konnten. Quantitative Inhaltsanalysen der Berichterstattung in Zeitungen bestätigen diese Vermutung. So ergibt eine Untersuchung der *Stuttgarter Nachrichten*, der *Südwest-Presse* und der *Stuttgarter Zeitung* aus den Jahren 1980/81 ein Überwiegen nachrüstungsfreundlicher Argumente. Eine gewisse Pluralität kommt bei einigen dieser Zeitungen erst durch die Leserbriefe zustande.³² Eher impressionistische Analysen – u. a. der Fernsehsendungen – bestätigen ebenfalls den Eindruck einer selektiven Berichterstattung zugunsten der »Nachrüstung«.³³ Wenn dieses Muster generalisierbar ist, und einige Indizien sprechen dafür, dann heißt das: Die Beziehung zwischen Informiertheit und Einstellung zur »Nachrüstung« fällt womöglich »kurvilinear« aus. Mit anderen Worten: Politisch Desinteressierte, welche die Medienberichterstattung zur Sicherheitspolitik nicht zur Kenntnis nehmen, sind über die offiziellen Positionen weniger informiert. Politisch schwach bis mittelstark Interessierte, die die Berichterstattung mehr oder minder beiläufig zur Kenntnis nehmen, werden vor allem mit den offiziellen Realitätsdeutungen konfrontiert. Wer aber die Massenmedien intensiv nutzt, wird auch alternative Realitätsdeutungen, häufig nur in kleinen Meldungen am Rande, wahrnehmen. Da der intensivere Nutzer über ein relativ klares Einstellungssystem verfügt, wird er – je nach eigener inhaltlicher Ausrichtung – das »Mehr« an Meldungen jedoch selektiv in Übereinstimmung mit eigenen Prädispositionen verarbeiten. Hochgra-

dig Informierte werden alternative Realitätsdeutungen also deshalb keineswegs zwingend übernehmen; es wird allenfalls eine Tendenz in diese Richtung bestehen.

Die bisherigen empirischen Untersuchungen zur Frage des Verhältnisses von Wissen und Einstellung zur »Nachrüstung« sind spärlich und teilweise widersprüchlich. In der schon zitierten *infas*-Umfrage von 1981 (vgl. S. 413) erweist sich die Bevölkerungseinstellung zum NATO-Doppelbeschluß »bei weitem ausgewogener als bislang öffentlich registriert«, sobald man den Doppelbeschluß in seine Einzelelemente zerlegt und einzeln bewerten läßt. Und in einer anderen Umfrage aus dem gleichen Jahr für den *Spiegel* nimmt die Zahl der Nachrüstungsgegner mit steigender Informiertheit über die »Nachrüstung« ab.³⁴ Beide Untersuchungen sind jedoch methodisch wenig überzeugend. In der ersten, in der über verschiedene Statements versucht wurde, die Einstellung zu erheben, wurden einseitig ausformulierte und damit potentiell suggestive Aussagen vorgelegt. Es wurden Begriffe wie »Mittelstreckenraketen« benutzt, die (wie oben dargestellt) nur einem Teil der Bevölkerung bekannt waren. Viele mögen an konventionelle, nicht atomare Raketen gedacht und aus diesem Grunde eher positiv geurteilt haben. Die Einstellung zur »Nachrüstung« wurde zudem nicht in Abhängigkeit von unterschiedlichen Graden der Informiertheit untersucht. Die Möglichkeit, daß Gegner und Befürworter der »Nachrüstung« schlecht informiert sind, kann deshalb nicht geprüft werden. Dagegen wird Wissen in der Umfrage für den *Spiegel* zwar als kontinuierliche Variable eingeführt und zur Einstellung zum NATO-Doppelbeschluß in Beziehung gesetzt. Aber diesen erfragte man als *Doppelbeschluß* – spezifiziert in seine *beiden* Teile »Verhandeln« und »Nachrüsten«. Fragen dieser Art sind problematisch, weil sie letztlich zweidimensional angelegt sind. Manche Befragten werden vor allem an den Verhandlungsteil denken und es gut finden, daß dieser ergänzend zum Nachrüstungsteil eingebracht wird. Die Frage bezieht sich zudem auf Mitteleuropa, der Kontext Bundesrepublik bleibt unerwähnt. Mancher aber mag eine Stationierung anderswo in Europa akzeptieren, eine Stationierung in der Bundesrepublik aber für problematisch erachten. Andere Umfragen aus der gleichen Zeit, die sich auf den Nachrüstungsteil beziehen, die Raketen als Atomraketen benennen und den Kontext der Bundesrepublik explizit machen, erbringen höhere Werte für Nachrüstungsgegnerschaft.³⁵

Schließlich gibt es noch eine Untersuchung, die nicht die objektiven Kenntnisse, sondern das subjektive Gefühl der Informiertheit ermittelt und dies für Personen mit unterschiedlicher Nähe zur Friedensbewegung. Einbezogen wird somit auch der härtere Kern des Nachrüstungspostests. In dieser Untersuchung zeichnet sich eine »kurvilineare« Beziehung ab, in der sowohl die Befragten, die sich als Teil der Friedensbewegung verstehen, als auch deren Gegner sich durch relativ hohes Wissen auszeichnen, die Befragten in den Zwischenkategorien durch weniger Wissen. 40% der Befragten, die sich selbst als Teil der Friedensbewegung begriffen, meinten, gut über »Verteidigungspolitik/Abrüstung« Bescheid zu wissen; bei den Sympathisanten mit der Friedensbewegung traf das nur für 27% zu, bei den Befragten mit wenig Verständnis für die Friedensbewegung galt dies für 16% und bei denen, die sie ablehnten, für 26%. Zugleich war das Interesse an mehr Informationen über diese Thematik mit 60% bei den Mitgliedern der Friedensbewegung am größten, mit 32% bei den Gegnern am schwächsten.³⁶ Die Anhänger der Friedensbewegung waren – in ihrem subjektiven Verständnis – nicht nur am besten informiert, sondern auch am stärksten für neue Informationen aufgeschlossen.

Die Frage, inwieweit das *subjektive* Gefühl dem *objektiven* Wissen entspricht, bleibt in der Untersuchung indes unbeantwortet. Und unklar bleibt auch, wie das Wissen mit der Einstellung zur »Nachrüstung« – nicht mit der Einstellung zur *Friedensbewegung* – zusammenhängt. Denn nicht jeder, der gegen die »Nachrüstung« ist, wird sich notwendigerweise auch als Anhänger der Friedensbewegung verstehen. Nachrüstungsgegnerschaft und Zugehörigkeit zur Friedensbewegung sind nicht ein und dasselbe. Diese Probleme sollen im folgenden unter Rückgriff auf eine eigene Untersuchung beantwortet werden, in der die Einstellung zur »Nachrüstung« ohne Verwendung unbekannter Begriffe erfragt und der Akzent auf den Nachrüstungsteil statt auf den Verhandlungsaspekt des Beschlusses gelegt wurde. Wir versuchten, die Einstellung zur »Nachrüstung« über zwei Fragen zu erfassen, eine Hauptfrage und eine Nachfrage, die sich an die Unentschiedenen wandte. Aus den Antworten auf beide Fragen kann die Einstellung, abgestuft nach Intensität, gemessen werden. Dabei verwendeten wir, um die Informiertheit zu messen, nicht ein rein subjektives Maß auf der Basis einer Selbsteinstufung – wie im

Falle der zuvor zitierten Untersuchung –, sondern eines, welches auf objektivem Wissen aufbaut. Aus der Kombination von Selbsteinstufungsmaß und objektivem Wissen ergeben sich unterschiedliche Grade der Informiertheit.

Einfluß des Wissens auf die Nachrüstungsgegnerschaft

Konkretes Wissen zum Stationierungsbeschluß läßt sich ansatzweise über die Frage zum Stationierungsbeginn und zum selbst bekundeten politischen Interesse erfassen. Die Selbsteinstufung des politischen Interesses prognostiziert im allgemeinen relativ gut politische Kenntnisse: Wer sein eigenes Interesse hoch einstuft, der verfügt häufiger über politisches Wissen, nimmt aktuelle politische Ereignisse eher wahr.³⁷ In unserer Erhebung zeigten sich die politisch Interessierten (in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen) überdies auch meinungsfreudiger.³⁸ Daß politisches Interesse mit entsprechendem Wissen in der Nachrüstungsfrage einhergeht, zeigt sich in der korrekten Angabe des Stationierungstermins: Wer »sehr stark« interessiert ist, kennt ihn mit einer Wahrscheinlichkeit von 72 %, wer kein Interesse hat, nur mit 24 % (vgl. Tabelle 6).

Zwischen dem politischen Interesse und *Fehlurteilen* in bezug auf den Stationierungsbeginn (1984 bzw. 1985 oder später) existiert dagegen *keine* systematische, lineare Beziehung. In allen Kategorien der Selbsteinstufung politischer Interessiertheit gibt es einen etwa gleichbleibenden Prozentsatz von Menschen, die sich in diesem Punkt irrten, was immer die Gründe dafür gewesen sein mögen. Die Tabelle zeigt also auch, daß die Beziehung zwischen politischem Interesse und Wissen nicht perfekt ist: Nicht alle politisch Interessierten verfügen über korrekte Informationen, und nicht alle politisch Desinteressierten sind in der Nachrüstungsfrage uninformiert. Es gibt so etwas wie »thematische Öffentlichkeiten« (»issue publics«). Sie bestehen aus den spezifisch am Problem Interessierten.³⁹

Vieles spricht für die Annahme, daß durch die Kontroverse um die »Nachrüstung« und die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Raketenstationierung die traditionellen Linien politischer Interessiertheit überschritten wurden. Es begannen sich Personen mit der Thematik zu beschäftigen, die normalerweise politisch

Tabelle 6: Wann sollen die neuen Raketen stationiert werden?
Kenntnis des Termins und politisches Interesse (in Prozent)

	Politisches Interesse (Selbsteinstufung)					Gesamt
	Sehr stark	Stark	Mittel	Wenig	Überhaupt nicht	
1983	72	70	50	29	24	49
1984	20	19	25	20	7	21
1985 oder später	5	4	5	7	6	5
Weiß nicht, keine Angabe	2	6	19	41	54	23
Noch nichts von geplanter Aufstellung gehört	1	1	1	3	10	2
(N=)	100 (99)	100 (429)	100 (903)	100 (488)	100 (159)	100 (2078)

Frageformulierungen: »Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« »Wie Sie vielleicht gehört haben, finden seit längerem in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen statt. Wenn diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, sollen neue atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufgestellt werden. Wissen Sie, wann – in welchem Jahr – diese Aufstellung beginnen soll?« (Offene Frage)

Quelle: Eigene Erhebung, durchgeführt vom Emnid-Institut, 25. August–8. September 1983, Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren, N=2096

abstinenter sind. Hinweise in diese Richtung ergeben sich aus den Zusammenhängen zwischen sozialen Merkmalen – wie Geschlecht und Bildung – einerseits und Kenntnis des Stationierungstermins bzw. dem Grad politischen Interesses (gemäß Selbsteinstufung) andererseits: Die Zusammenhänge sind im Falle des Nachrüstungstermins *schwächer* als im Falle des politischen Interesses, d.h. Kenntnisse zur »Nachrüstung« finden sich auch dort in gewissem Umfang, wo man es aufgrund des (geringen) allgemeinen politischen Interesses nicht erwarten würde (und vice versa).⁴⁰

Will man die Einstellung zur »Nachrüstung« jeweils im Kontext politischer Informiertheit in dieser Frage erfassen, so erscheint es

Tabelle 7: Einstellung zur »Nachrüstung« nach Grad politischer Informiertheit (in Prozent)

Einstellung zur »Nachrüstung« ¹	Informiertheit ²				Gesamt
	Stark	Mittel	Schwach	Ohne	
Dafür	22	20	18	10	17
Schwach dafür	2	2	2	3	2
Schwach dagegen	1	5	5	6	4
Dagegen	70	66	65	60	64
Unentschieden, keine Angabe	5	8	10	23	13
(N=)	100 (373)	100 (455)	100 (615)	100 (653)	100 (2096)
Differenz »Dagegen–Dafür«	+ 48	+ 46	+ 47	+ 50	+ 47

Frageformulierungen: (1) »Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?« (Nachfrage an Gleichgültige und Unentschiedene:) »Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden: sind Sie dann insgesamt eher für oder sind Sie eher gegen die Aufstellung neuer Raketen?«

Die oben aufgeführte Variable kombiniert die Antworten auf beide Fragen. Als »dafür« oder »dagegen« gelten alle, die bereits bei der ersten Frage eine Meinung äußerten. Personen, die erst durch Nachfrage zur Meinungsäußerung bewegt werden konnten, sind in der Kategorie »schwach dafür« oder »schwach dagegen« erfaßt. (2) Der Grad der »Informiertheit« wurde aus der Informiertheit über den Stationierungstermin und aus dem politischen Interesse geschlossen: *stark informiert* = richtige Angabe über Stationierungsbeginn (1983) und starkes oder sehr starkes politisches Interesse gemäß Tabelle 6; *mittel* = richtige Angabe des Stationierungstermins und Selbsteinstufung als »mittelstark« politisch interessiert; *schwach* = Personen mit richtiger Angabe zum Stationierungstermin und wenig oder gar keinem politischen Interesse, ferner jene mit Nennung des Jahres 1984 als Stationierungstermin (ungeachtet ihres politischen Interesses); *ohne* = keine oder falsche Angabe (1985 oder später) zum Stationierungstermin.

Quelle: Erhebung des Verfassers, durchgeführt vom Emnid-Institut, 25. September–8. Oktober 1983, Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren, N = 2096.

sinnvoll, einerseits ein Kriterium für Informiertheit (wie die Kenntnis des Nachrüstungstermins) zu verwenden, andererseits zusätzlich das Ausmaß des allgemeinen politischen Interesses zu berücksichtigen. Wir sind dadurch in der Lage, themenspezifische

Informiertheit mit allgemeiner politischer Informiertheit zu verbinden. Personen, die ein allgemeines politisches Interesse aufweisen, werden über einen umfassenderen konzeptuellen Bezugsrahmen für Politik verfügen (vgl. zur Konstruktion die Erläuterungen zu Tabelle 7).⁴¹

Wie man Tabelle 7 entnehmen kann, scheint die Informiertheit auf die Einstellung zur »Nachrüstung« nicht ohne Einfluß zu sein: Mit steigender Informiertheit findet die Nachrüstungsgegnerschaft – in Relation zu denen, welche die »Nachrüstung« bejahen oder zumindest tolerieren – immer mehr Gehör. Während sich unter den Nichtinformierten 60% deutlich gegen eine Stationierung aussprechen, sind es unter den Informierten 70%. Parallel dazu steigt allerdings auch der Anteil an Nachrüstungsbefürwortern. Die Zahl der Unentschiedenen geht demgegenüber zurück, ebenso die Zahl derer, die erst bei Nachfrage sich zu einer Äußerung durchringen konnten. Unter den Informierten stehen folglich mehr dezidierte Nachrüstungsbeurwörter den -gegnern gegenüber als unter den Nichtinformierten. Es findet eine Polarisierung der Meinungen statt. Wie man aus der Differenz der Anteile für Ablehnung und Befürwortung entnehmen kann (in der Tabelle eigens ausgewiesen), profitiert von Wissenszuwachs – anders als von manchen Autoren vermutet – *keine* der beiden Gruppen. Die Differenz zwischen ihnen bleibt die gleiche. Dieses Muster bleibt im übrigen im wesentlichen auch dann bestehen, wenn man die Befunde nach Geschlecht, Bildung und Alter aufgliedert.

Welches Bild ergibt sich, wenn man sich nicht mit der bloßen Einteilung in Gegnerschaft und Befürwortung zufrieden gibt und die Gegner intern weiter nach dem Grade ihres *Engagements* gegen die »Nachrüstung« unterscheidet? Tabelle 8 (vgl. auch die Abbildung S. 432) bietet hierzu nähere Informationen, wobei wir die Perspektive der Betrachtung insofern ändern, als wir nicht mehr – wie zuvor – die Einstellung zur »Nachrüstung« in Abhängigkeit vom Grad der Informiertheit, sondern umgekehrt den Anteil der Informierten unter den Befragten mit unterschiedlicher Einstellung betrachten. Diese Art der Prozentuierung hat den Vorteil, daß wir die relative Zusammensetzung der Befürworter und Gegner genauer beschreiben können.

Das Ergebnis spricht für eine überproportionale Informiertheit derer, die auch zum Protest bereit sind (und vermutlich auch daran schon teilgenommen haben oder es tun werden): Unter den Nach-

Tabelle 8: Grad politischer Informiertheit nach Einstellung zur »Nachrüstung« und Nachrüstungsprotest (in Prozent)

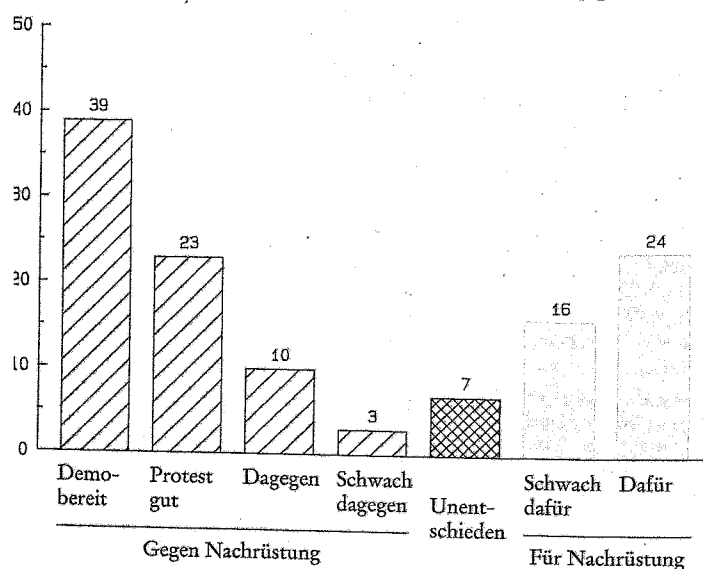
Informiertheit	Gegen »Nachrüstung«					Für »Nachrüstung«		Gesamt
	Demo- bereit	Protest ist gut	Da- gegen	Schwach dagegen	Unent- schieden	Schwach dafür	Dafür	
Stark	39	23	10	3	7	16	24	18
Mittel	20	25	21	23	14	16	26	22
Schwach	27	27	32	34	23	30	32	29
Ohne	14	25	37	40	56	39	18	31
(N =)	100 (228)	100 (480)	100 (642)	100 (91)	100 (265)	100 (44)	100 (346)	100 (2096)

Fragenkonstruktion: Die Einstellung zur »Nachrüstung« wurde in der gleichen Weise wie in Tabelle 7 erfaßt. Unter den Nachrüstungsgegnern wurde dabei jedoch eine weitere interne Differenzierung vorgenommen: Als »Demo-bereit« gelten alle Befragten, die sich gegen die »Nachrüstung« aussprachen, Protest gegen die Stationierung bejahten und »ziemlich sicher« an einer Demonstration teilnehmen würden. Unter »Protest ist gut« sind alle zusammengefaßt, die sich gegen die »Nachrüstung« aussprachen, Protest gut fanden, aber die Teilnahme an Demonstrationen nicht als »ziemlich sicher« erachteten. Die übrigen beiden Kategorien der Nachrüstungsgegnern erfassen den Rest – jeweils wieder nach Intensität unterteilt. Die Fragen zur Erfassung der Protestakzeptanz und der Demonstrationsbereitschaft lauteten: »In den kommenden Monaten planen verschiedene Gruppen und Organisationen Protestveranstaltungen gegen die neuen Raketen. Finden Sie das eher gut, daß gegen diese Raketen protestiert wird oder finden Sie das eher schlecht?« »Nun würde ich ganz gerne wissen, ob Sie selbst etwas tun würden, um gegen die Raketen zu protestieren. Schauen Sie sich bitte diese Liste an und sagen Sie mir, was Sie ziemlich sicher, unter Umständen oder unter keinen Umständen tun würden ... an einer genehmigten Demonstration teilnehmen.« Die Informiertheit wurde wie in Tabelle 7 operationalisiert.

Quelle: Erhebung des Verfassers, durchgeführt vom Emnid-Institut, 25. August–8. September 1983, Bevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren, N = 2096.

rüstungsgegnern, die Proteste gegen Raketen gut fanden und eine Teilnahme an genehmigten Demonstrationen für »ziemlich sicher« hielten, waren nach unseren Kriterien 39% »stark informiert«, d. h. sie wußten über den Stationierungstermin Bescheid und stufen ihr eigenes politisches Interesse als »sehr stark« oder »stark« ein. Unter denen, welche die »Nachrüstung« ablehnten, aber

Abbildung 1: Anteil politisch stark Interessierter und Informierter nach Einstellung zu »Nachrüstung« und Nachrüstungsprotest



nicht zum Protest bereit waren – ihn jedoch prinzipiell billigten –, sind es 23 % und unter den »schwachen« Gegnern nur 3 % (Tabelle 8). Sowohl das Ausmaß dezidiierter Gegnerschaft als auch die Stärke des politischen Engagements sind anscheinend kognitiv durch besonderes Interesse und Informiertheit abgestützt. Die Nachrüstungsbefürworter erscheinen im Rahmen des Vergleichs lediglich gegenüber den demonstrationsbereiten Gegnern etwas weniger politisch informiert (24 % versus 39 %).

Die achtziger Jahre haben eine bisher kaum dagewesene Welle des Protests gegen eine sicherheitspolitische Entscheidung in der Bundesrepublik hervorgebracht. Der Streit um die »Nachrüstung« mobilisierte Hunderttausende zu Aktionen. Umfragen erbrachten eine breite Mehrheit gegen die Stationierung neuer Atomraketen auf deutschem Boden. Doch gleichzeitig haben Umfragen die Informiertheit der Bevölkerungsmehrheit und die Bedeutung ihrer

Opposition in Frage gestellt. Das Wissen über die »Nachrüstung« schien schwach zu sein. Gleichzeitig erbrachte die Bundestagswahl noch 1983 einen Sieg der CDU *trotz* ihres Bekenntnisses zum NATO-Doppelbeschluß. War die breite Mehrheit gegen die »Nachrüstung«, die so gern beschworen wurde, eine Mehrheit ohne gesichertes Fundament? War die Einstellung zur »Nachrüstung« völlig irrelevant für eigenes Handeln?

Wir haben versucht, den Fragen anhand einer genaueren Klärung des Wissensstandes in der Bevölkerung nachzugehen. Dabei hat sich gezeigt, daß die zitierten niedrigen Zahlen für die Kenntnis des Nachrüstungsbeschlusses über das genaue Wissen weniger aussagen als man üblicherweise meint. Faßt man die Korrektheit der Angaben weiter, indem man auch vagere Äußerungen zuläßt (zumal Interviewer hier wahrscheinlich nicht sehr genau sind), so fällt der Wissensstand Anfang der achtziger Jahre günstiger aus. Und benutzt man statt der offenen Fragen geschlossene, so verbessert sich die Situation grundlegend. Hinzu kommt, daß sich der Informationsstand im Laufe der Mobilisierung gegen die »Nachrüstung« verbessert hat – die Zahlen von Anfang der achtziger Jahre bilden lediglich einen Frühzustand in der Mobilisierungsphase ab. Stellt man nicht die Frage nach der Kenntnis von Begriffen, sondern nach der geplanten Raketenstationierung an sich, so scheinen spätestens im Herbst 1983 fast alle Bundesbürger darüber informiert. Eine weitere Verbesserung des Informationsstandes – so unsere Analyse – hätte an der Existenz einer breiten Mehrheit *gegen* Raketen wohl nichts geändert.

Von einer Irrelevanz des Themas für das Denken der meisten Bundesbürger kann trotz Wahlsieg der CDU – als dezidierte Partei *für* die »Nachrüstung« – nicht gesprochen werden. War doch bei dieser Wahl eine Situation gegeben, in der selbst eindeutige Nachrüstungsgegnerschaft nur unzulänglich in Wahlverhalten umgesetzt werden konnte: zum einen, weil andere Probleme, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, bei der Mehrheit der Bundesbürger über eine größere Priorität verfügten, zum anderen, weil zwischen CDU und SPD noch keine klaren Unterschiede in der Beurteilung der »Nachrüstung« wahrgenommen werden konnten, die Chance zu »rationalem« Wahlverhalten in dieser Frage gar nicht gegeben war.⁴²

So erweist sich denn nach unserer Analyse die Nachrüstungsgegnerschaft in der Bevölkerung als ein Phänomen, das – mag es

auch durch innere Ambivalenzen gekennzeichnet sein – soziale und politische Relevanz beanspruchen kann: Für die Folgen ist es weniger entscheidend, wie groß das Wissen im einzelnen war; denn wenn Menschen etwas als real definieren, ist es in seinen Konsequenzen real.⁴³ Wer schert sich um Detailwissen, wenn er im Grunde überzeugt davon ist, daß eine Raketenstationierung mehr Nachteile als Vorteile bringt, oder wenn er der Meinung ist, die Regierung werde kraft Expertentum schon richtig entscheiden? Detailwissen wird allenfalls dort bedeutsam, wo es um die *Wandlungsfähigkeit* und innere Stabilität von Einstellungen geht: Je mehr Detailwissen existiert, desto größer ist die Resistenz gegenüber neuen konträren Informationen. Doch gerade im Informationsniveau schneiden die Nachrüstungsgegner, wie gezeigt, nicht schlechter ab als die Nachrüstsüßbrotverfechter. Die aktiven Nachrüstungsgegner scheinen sogar noch besser informiert zu sein. Wenn ungenügende Informiertheit ein Wandlungspotential konstituiert, trifft es Befürworter wie Gegner der »Nachrüstung«.

Anmerkungen

- 1 D. Just/P. C. Mühlens, *Zur Wechselbeziehung von Politik und Demoskopie. Das Beispiel der aktuellen Sicherheitspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 32/1981, S. 66.
- 2 E. Noelle-Neumann/E. Piel, *Allensbacher Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1978–1983*, München 1983, S. 632.
- 3 Just/Mühlens (s. Anm. 1) S. 66; in bezug auf diese infas-Umfrage vgl. auch infas, *Sicherheitspolitik und Öffentlichkeit* (Umfrage für den Bundesminister für Verteidigung), Bonn-Bad Godesberg 1982, S. 28, S. 31 ff. Zu einer kritischen Sichtung der Umfragen aus dieser Zeit siehe K. H. Reuband, *Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage. Was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß?*, in: *Vorgänge*, Nr. 66, 1983, S. 64–80. Die Annahme, daß vermehrte Kenntnis zur breiteren Bejahung des Doppelbeschlusses führt, wird u.a. in einer Stellungnahme des Bundespresseamtes zu Umfragebefunden vertreten, zit. nach B. Meyer: *Der Bürger und eine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik*. Frankfurt/New York 1983, S. 29. Ähnlich auch *Der Spiegel* Nr. 48, 1981, S. 59. – Zum unterschiedlichen Antwortverhalten je nach Kenntnis der Friedensbewegung – die »Anhänger« scheinen weniger informiert – vgl. M. Küchler, *Die Anhänger der Friedensbewegung in der BRD – Einstel-*

- lungsmuster, Wertorientierungen und soziodemographische Verankerung. Referat zur Tagung der österr. Gesellschaft für Politikwissenschaft 1982 in Wien. Korr. Fassung, Mannheim 1983, S. 3.
- 4 Zur Informiertheit der Bevölkerung in politischen Fragen vgl. für die USA J. P. Robinson, *Public Information about World Affairs*, Institute for Social Research, University of Michigan, Ann Arbor 1967; D. D. Smith, *Dark Areas of Ignorance Revisited: Current Knowledge about Asian Affairs*, in: D. D. Nimmo / C. M. Bonjean (Hg.), *Political Attitudes and Public Opinion*, New York 1972, S. 267–272; N. D. Glenn, *The Distribution of Political Knowledge in the United States*, in: Nimmo/Bonjean 1972, S. 273–283; R. S. Erikson/N. R. Luttbeg, *American Public Opinion. Its Origin, Content and Impact*, New York 1973, S. 25. Für die Bundesrepublik vgl. die – aus Umfragen der fünfziger und sechziger Jahre – zusammengestellte und jeweils nach Geschlecht untergliederte Übersicht bei M. Heinz, *Politisches Bewußtsein der Frauen. Eine Sekundäranalyse empirischer Materialien*, München 1971, S. 91–108. Das Ausmaß vorhandener Kenntnisse ist danach selbst bei innenpolitischen Fragen zum Teil äußerst gering. Speziell zur Kenntnis sicherheitspolitischer Sachverhalte vgl. die Umfragebefunde in: infas, *Sicherheit, Verteidigung und Bundeswehr in der öffentlichen Meinung*, Bonn-Bad Godesberg 1978 und 1980 (Umfragen jeweils für das Bundesministerium der Verteidigung) und den Versuch einer Bestandsaufnahme bei H. Rattinger, *The Federal Republic of Germany: Much Ado about Nothing*, in: G. Flynn/H. Rattinger (Hg.), *The Public and Atlantic Defense*, London/Canberra 1985, S. 101–174.
- 5 Zur Struktur von Einstellungen vgl. P. E. Converse, *The Nature of Belief Systems in Mass Publics*, in: D. Apter (Hg.), *Ideology and Discontent*, New York 1964, S. 206–261; P. E. Converse, *Attitudes and Non-attitudes. Continuation of a Dialogue*, in: E. R. Tufte (Hg.), *The Quantitative Analysis of Social Problems*, Reading/Mass. 1969. Angesichts der weitverbreiteten Meinungslosigkeit ist erstaunlich, wie sehr immer wieder – gerade auch bei sicherheitspolitischen Fragen – Meinungslosigkeit als legitime Antwortkategorie im Interview unterdrückt wird. Das muß zu einer Überschätzung definitiver Einstellungen führen. Zum Problem der Meinungslosen im Interview vgl. H. Schumann und S. Presser, *Questions and Answers in Attitude Surveys. Experiments on Question Form, Wording and Content*, New York 1981, Kap. 4 und 5. Zu diesem Problem und dem der Stabilität von Einstellungen im Falle der Nachrüstungskontroverse vgl. M. Berger/W. C. Gibowski/D. Roth, *Zwei Drittel gegen neue Raketen. Die Bundesbürger und die Nachrüstung: ein schwankendes Bild im Spiegel der Demoskopie*, in: *Die Zeit*, Nr. 41 v. 7. Oktober 1983, S. 2; Reuband (s. Anm. 3), S. 64–80.
- 6 Selbst in den methodisch besseren Umfragen zur »Nachrüstung« wird

der Begriff des »Stationierens« außerordentlich häufig verwendet. Vgl. die Übersicht über die Umfragen vor Stationierungsbeginn: Reuband (s. Anm. 3).

- 7 S. Sudman/N. M. Bradburn, *Asking Questions. A Practical Guide to Questionnaire Design*, San Francisco 1982, S. 89.
- 8 H. D. Klingemann, *Interviewereffekte bei der Protokollierung offener Fragen. Referat auf der Tagung der Sektion Methoden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Mannheim, 11./12. April 1975.
- 9 Zum Problem der verschiedenen Fragearten vgl. E. K. Scheuch, *Das Interview in der Sozialforschung*, in: R. König (Hg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, 1. Teil, Stuttgart 1973, S. 1–190. Zur Kritik an offenen Fragen bei der Wissensbestimmung vgl. Sudman/Bradburn (s. Anm. 7), S. III.
- 10 Noelle-Neumann/Piel (s. Anm. 2), S. 632.
- 11 Vgl. Just/Mühlens (s. Anm. 1), S. 66.
- 12 Ebenda S. 66.
- 13 Interviewer sind zwar im Schnitt im Vergleich zur Bevölkerung besser gebildet. Aber dies dürfte kein Garant für Informiertheit sein. Manche Befragte mögen so denn allein aufgrund fehlerhafter Aussprache des Interviewers falsche Antworten geben. Freilich macht die korrekte Aussprache der Begriffe nur dann Sinn, wenn die Befragten auch die korrekte Aussprache kennen. Wenn ihnen die Begriffe lediglich aus schriftlichen Darstellungen vertraut sind und sie selbst sie anders aussprechen, könnte die korrekte Aussprache durch den Interviewer sogar Verwirrung stiften.
- 14 *Der Stern* v. 20. Oktober 1983, S. 70ff. Ähnliche methodische Probleme in den Frageformulierungen gibt es bei anderen Umfragen, vgl. Reuband (s. Anm. 3).
- 15 infas: *Sicherheit, Verteidigung und Bundeswehr in der öffentlichen Meinung* (Umfrage für das Bundesministerium für Verteidigung), Berichtsband, Bonn-Bad Godesberg 1980, S. 31.
- 16 Arbeitskreis Dortmunder Wissenschaftler für den Frieden, *Denken die Dortmunder anders? Ergebnisse einer Repräsentativumfrage zur Friedenspolitik*, Dortmund 1982, S. 43. Die Umfrage ist allerdings nur bedingt mit der früher zitierten vergleichbar: Sie hat eine etwas andere Fragekonstruktion, basiert auf einer Lokalstudie und wurde zudem kurz nach der ersten Großdemonstration der Friedensbewegung durchgeführt. Das könnte den Anteil der Gespräche vorübergehend erhöht haben.
- 17 Gefragt, ob man wisse, was die NATO sei, antworteten zum Beispiel im November 1955 56% der Bundesbürger mit »Ja«, im August 1959 75% und im September 1963 77%. Faßt man nach, so erweist sich jeweils eine Mehrheit von etwas über 70% als informiert. Doch das Ausmaß an Informiertheit hat sich gewandelt: waren 1959 lediglich

- 32% richtig und nicht bloß vage informiert, so waren es 1963 69%. Vgl. E. Noelle/E. P. Neumann, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, Allensbach/Bonn 1965, S. 548.
- 18 P. J. Tichenor/G. A. Donohue/C. N. Olien, *Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge*, in: *Public Opinion Quarterly*, 34, 1970, S. 159–170; C. N. Olien/G. A. Donohue/P. C. Tichenor, *Structure, Communication and Social Power. Evolution of the Knowledge Gap Hypothesis*, in: E. Wartella/C. C. Whitney/S. Windahl (Hg.), *Mass Communications Review Yearbook*, Bd. 4, Beverly Hills/London 1983, S. 455–461.
 - 19 Vgl. J. S. Ettema/J. W. Brown/R. V. Luepker, *Knowledge Gap Effects in Health Information Campaign*, in: *Public Opinion Quarterly*, 47, 1983, S. 516–527.
 - 20 Vgl. Robinson (s. Anm. 4), S. 51; B. K. L. Genova/B. S. Greenberg, *Interest in News and the Knowledge Gap*, in: *Public Opinion Quarterly*, 43, 1979, S. 79–91. Die Autoren unterscheiden dabei bloßes Faktenwissen von Wissen, das strukturelle Zusammenhänge umfaßt. Vor allem letzteres wird stark vom Interesse beeinflusst. Zur Bedeutung von Bildung und Interesse vgl. auch M. MacKuen, *Exposure to Information. Belief Integration and Individual Responsiveness to Agenda Change*, in: *American Political Science Review*, 78, 1984, S. 372–391.
 - 21 Sinus, *Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983* (Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), München 1983, S. 8.
 - 22 Bekanntheit ist nicht mit Wissen gleichzusetzen. Aber sie ist die erste Voraussetzung für die Aufnahme von Informationen. Sie konstituiert einen Bezugsrahmen, vor dem anfallende Informationen in der Umwelt und den Medien verarbeitet werden. Je mehr davon vorliegen, desto leichter fällt die Einordnung und die Weiterentwicklung des Wissensstandes.
 - 23 Sudman/Bradburn (s. Anm. 7), S. 111, 113.
 - 24 Mit der Stationierung der Cruise Missiles wurde 1983 begonnen. Die geringe Kenntnis des Stationierungstermins mag auch dafür verantwortlich sein, daß in Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF Mitte 1983 nicht mehr als die Hälfte der Befragten an eine Stationierung der Raketen noch im Jahre 1983 glaubte. Vgl. Tabelle 2 zur Politbarometerbefragung Juni 1983.
 - 25 Im Laufe des Herbstes dürfte sich zudem kurz vor Beginn der Demonstrationen das Wissen noch weiter verbreitet haben. Vor Einsetzen der Herbstaktionen der Friedensbewegung am 1. September vermochten nur 39% das Jahr 1983 korrekt als Beginn der Stationierung zu nennen, nach dem 1. September waren es 43%. Quelle: eigene Erhebung mit

rund 2000 Befragten – davon jeweils ungefähr die Hälfte vor dem 1. September, die andere Hälfte danach; bundesweite Repräsentativbefragung, durchgeführt vom Emnid-Institut. Insgesamt wurden von uns zwei Erhebungen zur »Nachrüstung« im Herbst 1983 durchgeführt: die erste im August/September (finanziert vom NDR), die zweite im Dezember (in Zusammenarbeit mit dem Emnid-Institut). Ergebnisse dieser Erhebungen sind dargestellt u. a. in: K. H. Reuband: *Issueorientierung und Nachrüstungsprotest*, in: J. W. Falter/C. Fenner/M. Th. Greven (Hg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen 1984, S. 589–601; ders.: *Die Friedensbewegung vor und nach der »Aktionswoche« im Herbst 1983*, in: *Vorgänge*, Nr. 67, 1984, S. 12–25; ders. (mit P. Uttitz), *Wer hat die Mehrheit? Nachrüstung und Friedensbewegung in der öffentlichen Meinung*, in: *Die Neue Gesellschaft*, 31, 1984, S. 178–181.

- 26 Die hier vorgefundenen Beziehungen decken sich für Geschlecht und Bildung im allgemeinen mit den Befunden anderer Studien über Wissen und dürften entscheidend durch das politische Interesse geprägt sein. Im Falle des Alters gibt es – vermutlich teilweise je nach Betroffenheit aufgrund eigener Erfahrungen – unterschiedliche Befunde. Dazu allgemein Glenn (s. Anm. 4); siehe auch E. Noelle/E. P. Neumann: *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, Allensbach/Bonn 1965, S. 131; Institut für Demoskopie, *Allensbacher Berichte* Nr. 16, 1977, Nr. 7, 1982, Nr. 10, 1980, Nr. 26, 1981. Zur Verteilung des politischen Interesses über die Altersgruppen vgl. Bundespresse- und Informationsamt, *Gesellschaftliche Daten 1979*, Bonn-Bad Godesberg 1979, S. 293. Zur Mediennutzung vgl. M. L. Kiefer, *Massenkommunikation 1964–1980*, in: K. Berg/M. L. Kiefer (Hg.), *Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980*, Frankfurt/M. 1982, S. 72, 82, 103.
- 27 Vgl. dazu – mit negativem Resultat für beide Hypothesen – L. Sigelmann/P. Johnston Conover, *Knowledge and Opinions about the Iranian Crisis: a Reconsideration of Three Models*, in: *Public Opinion Quarterly*, 45, 1981, S. 477–491.
- 28 Das Wissen um die letztliche Verfügungsgewalt über die Atomraketen durch den US-Präsidenten findet sich bei nicht mehr als einem Drittel der Bundesbürger, wobei der Vergleich der Befunde in Abhängigkeit von der Zahl vorgegebener Antwortkategorien die Vermutung nahelegt, daß diese Zahl sogar noch überschätzt, zum Teil durch bloßes Raten entstanden ist: So muß bei drei möglichen Nennungen allein bei zufälligem Raten ein Drittel der Antworten richtig sein. Zum Wissen der Bundesbürger über die Verfügungsgewalt amerikanischer Raketen vgl. u. a. infas (s. Anm. 15) mit dem entsprechenden Band aus der gleichen Serie von 1978 (Übersicht 3.1.04 des Tabellenbandes). Zum Vertrauen in die Handlungskompetenz der Vereinigten Staaten und ih-

- res Präsidenten vgl. K. H. Reuband, *Antiamerikanismus – ein deutsches Problem? Konstanz und Wandel des Amerikabildes im Spiegel der Umfrageforschung*, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* (S + F), 1985, S. 46–52.
- 29 Zum Einfluß der Regierungsposition auf die Meinung vgl. J. E. Mueller, *War, Presidents and Public Opinion*, New York 1973, S. 267; Erikson/Luttbeg (s. Anm. 4), S. 38.
- 30 W. Kaltefleiter, *Zwischen Konsensus und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972*, Bonn 1973, S. 7.
- 31 C. Potyka, *Die vernachlässigte Öffentlichkeit*, in: K. D. Schwarz (Hg.), *Sicherheitspolitik*, Bad Honnef 1978, S. 527 ff.; A. A. Guha, *Beispiel »Grauzone«, Anmerkungen zur Presseberichterstattung über militär- und sicherheitspolitische Fragen*, in: Studiengruppe Militärpolitik (Hg.), *Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage*, Reinbek 1980, S. 94–106; K. Kister, *Sicherheitspolitik im Zerrspiegel? Strukturen und Defizite sicherheitspolitischer Berichterstattung in der politischen Tages- und Wochenpresse*, in: W. R. Vogt (Hg.), *Streitfall Frieden. Positionen und Analysen zur Sicherheitspolitik und Friedensbewegung*, Heidelberg 1984, S. 273–284.
- 32 B. Ebner/M. L. Suzer-Lederer, *Kommentatoren als Hofberichterstatter*, in: F. Michael (Hg.), *Die tägliche Mobilmachung. Oder: die unfriedlichen Strukturen der Massenmedien*, Göttingen 1984, S. 75–81.
- 33 F. Michael, *Die Auszehrung der Pressefreiheit. Über den Umgang mit einem Grundrecht*, in: Michael (s. Anm. 32), S. 163–184; K. Wienert, *Anstalts-Frieden. Die Friedensbewegung, öffentlich-rechtlich gefiltert*, in: *Vorgänge*, Nr. 68, 1984, S. 84–90.
- 34 Zur infas-Umfrage vgl. Just/Mühlens (s. Anm. 1), S. 66; zur Spiegel-Umfrage vgl. *Der Spiegel*, Nr. 48, 1981, S. 59.
- 35 Zu diesem Problem der Zweidimensionalität, das nicht nur diese, sondern auch andere Umfragen zur »Nachrüstung« auszeichnet, und zum Vergleich mit anderen Umfragen aus dieser Zeit siehe Reuband (s. Anm. 3).
- 36 Sinus (s. Anm. 21), S. 77.
- 37 Vgl. K. D. Eberlein, *Was die Deutschen möchten*, Hamburg 1968, S. 14; F. U. Pappi, *Wahlverhalten und politische Kultur*, Meisenheim am Glan 1970, S. 55; Kiefer (s. Anm. 26).
- 38 Gemessen wurde die Zahl unentschiedener Angaben zu folgenden Fragen: Frage, ob die neuen Raketen die Sicherheit der Bundesrepublik vergrößern oder die Gefahren erhöhen/man für oder gegen Protestaktionen gegen Raketen ist/welche Gruppen man in der Friedensbewegung als prägend wahrnimmt/welches militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West existiert/Verhandlungsbereitschaft der beiden Supermächte bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenrake-

ten/eigene Einstellung zur »Nachrüstung«. In allen diesen Fragen wurde Meinungslosigkeit als legitime Antwortkategorie im Interview akzeptiert.

- 39 Zum Begriff der »Issue publics« siehe Converse 1964 (Anm. 5), S. 245.
- 40 Bildung korreliert mit politischem Interesse $\text{Gamma}=0,38$, mit der Kenntnis des Stationierungstermins (untergliedert in die Kategorien »1983«, »1984« und »falscher/kein Termin«) mit $\text{Gamma}=0,21$ (je höher der Wert, desto stärker der Zusammenhang; 0 stellt die Untergrenze, 1 die Obergrenze dar). Im Falle des Geschlechts sind bei den Wissensvariablen ebenfalls die Zusammenhänge geringer als bei politischem Interesse.
- 41 Zur Bedeutung des politischen Interesses für die Konzeptualisierung einzelner politischer Informationen vgl. auch Converse, *The Nature of Belief Systems*, (s. Anm. 5) und MacKuen (s. Anm. 20), S. 374.
- 42 Zur Bedeutung des Nachrüstungsthemas für die Bundestagswahl 1983 vgl. K. H. Reuband, *Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung*, in: *Gegenwartskunde*, 1985, S. 299–310.
- 43 Daß die Realitätsdefinition letztlich das Handeln bestimmt und so in ihren Konsequenzen real wird, ist der Kern des »Thomas«-Theorems. Vgl. W. I. Thomas, *Person und Sozialverhalten*, Neuwied 1965.